

631/A(E) XXII. GP

Eingebracht am 12.05.2005

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Brosz, Freundinnen und Freunde

betreffend Ausbau des offenen Unterrichts

Um Schule und Unterricht systematisch zu verbessern, sollten nach Meinung der Zukunftskommission übergreifende Projekte und schülerzentrierte Unterrichtsformen häufiger Bestandteil des Unterrichts sein.

Die ExpertInnen betonen hier die Wichtigkeit der Methodenvielfalt des Unterrichts: „Unterricht ist schließlich geprägt durch die Vielfalt der Lernsituationen und durch die Heterogenität der Schülerinnen und Schüler, die an ihm teilnehmen. Um ihn schülerorientiert, interessant und zugleich effizient zu gestalten, brauchen Lehrpersonen ein großes Repertoire an Methoden, die es ihnen ermöglichen, die Individualität der SchülerInnen mit den Anforderungen der Lernsituation in Einklang zu bringen.“ (25)

Ein passiv-rezeptives Lernen begünstigender Frontalunterricht reiche nicht aus, um die anspruchsvollen Ziele im Unterricht zu erreichen. Erforderlich sei vielmehr die aktive Einbeziehung der SchülerInnen in den Lernprozess. Eine solche Einbeziehung kann durch zahlreiche Methoden, wie Projektunterricht, Freiarbeit, Stationen-Unterricht, usw. erfolgen. Derartige Unterrichtsmethoden setzen auf die Selbstständigkeit der SchülerInnen und ermutigen sie, ihre Lernprozesse weitgehend selbst zu planen und umzusetzen. Man spricht hier von „offenem“ Unterricht, weil hier die zentralen Funktionen des Lernens nicht wie im traditionellen Unterricht vordefiniert sind, sondern von den Beteiligten selbst gesteuert werden können.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur wird entsprechend den Empfehlungen der Zukunftskommission aufgefordert, Maßnahmen zu Gunsten des Ausbaus des offenen Unterrichts zu setzen.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Unterrichtsausschuß vorgeschlagen.